

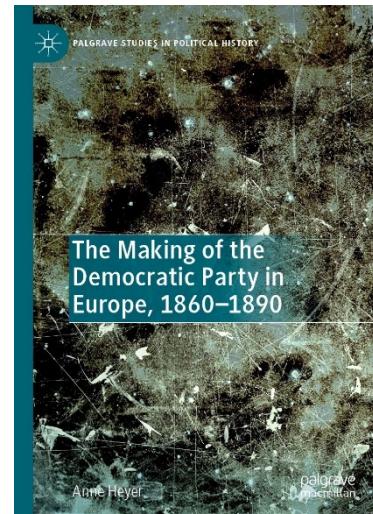


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Anne Heyer: *The Making of the Democratic Party in Europe, 1860-1890.*

Cham: Palgrave Macmillan, 2022, 289 S., ISBN 978-3-030-87747-7

Ausgehend von der vieldiskutierten Krise der demokratischen Parteien der Gegenwart wendet Anne Heyer ihren Blick zurück in die Entstehungszeit moderner Parteien in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die gleichermaßen politikwissenschaftliche wie historische Studie verfolgt das Ziel, die gegenwärtige Parteienkritik einordnen und beurteilen zu können, indem sie demokratietheoretische Konzepte in Programm und Praxis der frühen Parteigründungen einer ausführlichen Analyse unterzieht. Heyer konzentriert sich dazu auf drei Beispiele aus drei europäischen Staaten: die Antirevolutionäre Partei (ARP) Abraham Kuypers, 1879 in den Niederlanden als Sprachrohr eines konservativen Protestantismus gegründet; die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), gegründet in Eisenach 1869; sowie die 1877 unter der Ägide von Joseph Chamberlain begründete National Liberal Federation (NLF) in Großbritannien.



Die Zusammenschau der drei Beispiele ist nicht als eine Verflechtungsgeschichte angelegt – trotz gelegentlicher wechselseitiger Bezugnahmen waren die direkten Verbindungen zwischen den Parteien lose –, im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen vielmehr gemeinsame strukturelle Herausforderungen, die sich aus dem Anspruch ergaben, dem „Volk“ durch die Gründung von Parteien zu mehr politischer Mitsprache zu verhelfen. Dabei hebt Heyer insbesondere ab auf den Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Repräsentation des „Volkes“ und der begrenzten Mitgliederzahl der frühen Parteien.

Herkömmliche Erklärungsansätze für die Herausbildung politischer Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die auf die Entstehung neuer sozialer Klassen im Zuge der Industrialisierung oder die Rolle von Wahlrechtsausweitungen abhoben, sieht Heyer als nicht ausreichend an; sie betont demgegenüber die Bedeutung der Personen, die Konzepte politischer Partizipation formulierten und mit organisatorischen Umsetzungsbestrebungen koppelten: „As relevant as industrialization and suffrage extension was, the idea that working together in national organizations could achieve political change, enabled party founders to imagine that their mass organization was meaningful and influential“ (S. 57). Nicht anonyme gesellschaftliche Kräfte, sondern die kreativen gedanklichen und organisatorischen Leistungen der Parteigründer stehen damit im Mittelpunkt von Heyers Ansatz.

Der strukturelle Vergleich fördert transnationale Gemeinsamkeiten zutage: Heyer verweist auf die länderübergreifende Begeisterung für die Organisierung gesellschaftlicher Interessen und die Betonung von Bildungsideal als Legitimation für Partizipationsforderungen. Die Rhetorik der Parteigründer betonte die Emanzipationsansprüche des von politischen Entscheidungen ausgeschlossenen „Volkes“ gegenüber den bestehenden politischen Eliten; darin lag die Verbindung von Partei und Demokratie, die

für das politische Agieren zukunftsweisend werden sollte. Dieser Ruf nach Demokratie richtete sich nicht nur an die nationale politische Arena, sondern er wirkte auch innerparteilich: Auf den Gründungs- parteitagen bildete die Frage nach der Kontrolle der Parteiführungen durch die Mitglieder stets einen wichtigen Diskussionspunkt. Die Antworten auf die Frage nach der Gestaltung demokratischer innerparteilicher Strukturen fielen unterschiedlich aus (programmatisch gebundene Parteiführung im Fall der SDAP, unabhängige Zweigstellen bei der NLF, Komitee mit gewissen Ausnahmeverollmachten für die Parteiführung in der ARP), zeugen aber jeweils vom Versuch, demokratische Verfahren zu etablieren. Der Erfolg bei der Erreichung dieses Ziels fiel ebenfalls unterschiedlich aus; die Beziehungen der Führungsriege zur Parteibasis charakterisiert Heyer anhand des klassischen Schemas von Max Weber. Kuypers Rolle in der ARP entsprach demnach einem charismatisch geprägten Organisationsmodell, das sich vom rational-legalen Modell der SDAP und der Mischform der NLF abhob und dem Parteigründer einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Parteigeschäfte einräumte.

In allen Fällen allerdings blieb es bei einer relativ beschränkten Mitgliederzahl in den neugegründeten Parteien und bei einer begrenzten Reichweite der demokratischen Ansprüche: „To say it bluntly: the founding assemblies did not create perfectly democratic organizations“ (S. 129).

Auch das „liberale“ Beispiel, die britische NLF, präsentierte Heyer als einen ernsthaften Versuch, ein Modell demokratischer Parteiführung und demokratischen Regierens zu etablieren. Das ist insofern bemerkenswert, als die NLF in der britischen Parteiengeschichte eher stiefmütterlich behandelt wird. Sie ging hervor aus lokalen Basisorganisationen der Liberal Party in Birmingham und gilt häufig als ein Vehikel für die politischen Ambitionen des Lokalmagnaten Joseph Chamberlain, der sich gegen die etablierte Führung der parlamentarischen Liberal Party in Stellung zu bringen suchte. Anders als Heyers niederländische und deutsche Beispiele handelt es sich also beim britischen Fall um eine Initiative innerhalb einer noch nicht strukturell gefestigten Partei mit langer Vorgeschichte. Die Tradition der Whigs und die Entstehung der viktorianischen Liberal Party aus deren Zusammenschluss mit ehemals konservativen Peel-Anhängern und Radicals sind in Heyers Darstellung kaum erörtert. Dies hat zur Folge, dass die NLF als Ort demokratischer Partizipationsansprüche gegen die parlamentarische Parteielite erscheint. Dies ist keineswegs falsch, doch die Rhetorik der Gegenüberstellung von „Volk“ und Eliten hatte in der Liberal Party schon eine längere Tradition, als die Konzentration auf die NLF suggerieren mag. In zeitlicher Nähe zur Gründung der NLF wandte sich insbesondere der ehemalige Parteiführer William Ewart Gladstone mit einer von Queen Victoria als „demagogisch“ empfundenen Unmittelbarkeit an das Volk, die ihm die Rückkehr an die Parteispitze und drei weitere Amtszeiten als Premierminister sicherte. Heyer widmet sich durchaus gründlich dem Konkurrenzkampf von Chamberlain und Gladstone, der schließlich zur Parteispaltung über die Frage der irischen Selbstverwaltung führte, sie untersucht aber Gladstones Rhetorik und Rolle nicht mit gleicher Ausführlichkeit wie den Fall Chamberlains. Dies führt zu einer Akzentuierung der Unterschiede zwischen beiden, während vergleichbare politische Semantiken nicht ausgeleuchtet werden. Die Tatsache, dass die NLF schließlich in der Liberal Party aufging, zeigt, dass es sich nur um einen von vielen Ansätzen der Reorganisation der liberalen Politik in Großbritannien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts handelte, nicht um eine Parteigründung vom selben Gewicht wie in den beiden anderen Untersuchungsfällen.

Der Verzicht auf eine ausgreifendere Darlegung der Parteigeschichte ist eine Folge des von Heyer verfolgten Ansatzes, der Rolle von Parteigründern mehr Eigengewicht in der Analyse der Parteientstehung zu verleihen, statt organisatorische Entwicklungen primär auf soziale Prozesse oder Wahlrechtsreformen zurückzuführen. Im Fall des britischen Liberalismus haben bereits in den 1990er Jahren Autoren wie Eugenio Biagini oder Gareth Stedman Jones in ähnlicher Form die Autonomie der politischen Sphäre betont. Indem Heyer aber darstellungstechnisch geschickt die Leitfiguren Kuyper, Bebel und Chamberlain in den Vordergrund stellt, kehren – sicherlich unbeabsichtigt – durch die Hintertür die „großen Männer“, die Geschichte machten, zurück. Die genannten Studien zum britischen Liberalismus

arbeiten demgegenüber mit einem breiteren Verständnis des *popular liberalism*, in dem die Aktivitäten von Parlamentariern, Presse, außerparlamentarischen Bewegungen und parteipolitischen Organisatoren einen politischen Raum umschreiben, der eine Parteigründung wie die der NLF in ihrem Zusammenhang mit vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen verständlich werden lässt. Auch Heyer betont zurecht die Bedeutung der Anti-Corn-Law-League als transnationalem Vorbild außerparlamentarischer Organisationsbildung (5000 Briefe von deren Leitfigur, Richard Cobden, stehen seit kurzem frei im Netz zur Verfügung: <https://www.cobdenletters.org/>), geht aber jenseits der National Education League nur knapp auf die facettenreiche Kultur außerparlamentarischer Politik zur Entstehungszeit der NLF ein. Die kontrastive Rhetorik von Volk und Elite in den Proklamationen dieser Bewegungen würde zeigen, dass sich die NLF-Gründer durchaus im Rahmen bewährter Formen der Elitenkritik bewegten, diese also kein Spezifikum der NLF waren.

Dies ändert nichts an der Plausibilität von Heyers Analyse der Grenzen und Potentiale demokratischer Parteigründungen. An ihren Beispielen beobachtet sie die Etablierung eines „myth of the democratic mass party“, der bis heute als eine „self-fulfilling prophecy“ wirke (S. 246). Wenn die gegenwärtige Parteienkritik demokratische Defizite beklagt, lässt sich mit Heyers Blick auf die Gründerzeit der modernen Partei festhalten, dass es schon in deren Anfängen nicht gelang, „perfectly democratic organizations“ (S. 129) zu gestalten; Grenzen bei der Umsetzung des demokratischen Ideals sind also bereits den Anfängen der Parteigeschichte eingeschrieben. In ihrer gegenwartsbezogenen Schlussfolgerung ruft Heyer daher dazu auf, in den von ihr untersuchten Parteigründern Vorbilder dafür zu sehen, dass Krisenwahrnehmungen „an opportunity for innovation“ sein können und dazu motivieren sollten, „to push the boundaries of politics in the direction of developing democratic ideas and practices“ (S. 246).

So motivierend der Blick von der Gegenwart zurück ins 19. Jahrhundert für Verteidiger des Konzepts der modernen demokratischen Partei sein mag – sie werden vermutlich nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklungen zwischen diesen zeitlichen Polen auskommen. Wer sich gegenwärtig Sorge um den Bedeutungsverlust politischer Parteien macht, dürfte in der Regel Phänomene wie schrumpfende Mitgliederzahlen eher am Vergleich mit dem späten 20. als dem späten 19. Jahrhundert festmachen. Die unterschiedlichen Dynamiken zwischen den demokratischen Aufbrüchen des 19. Jahrhunderts und den Kommunikations- und Organisationsbedingungen des frühen 21. Jahrhunderts zeigen sowohl das anregende Potential als auch die Grenzen des historischen Rückbezugs für die Bewältigung aktueller Problemlagen.

Darmstadt

Detlev Mares



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

